

*Zur viel diskutierten Frage des strafrechtlichen Vorgehens nach einem eventuellen Friedensschluss äußert sich nun auch der Oberkommandierende der FARC "Timoschenko", der nicht persönlich an den Verhandlungen in Havanna teilnimmt:*

**"Timoschenko": Die Guerrilleros wollen nicht ins Gefängnis**  
(Wochenmagazin SEMANA, 16.8.2013, online, nach AP)

Der Guerrillaführer Rodrigo Londoño Echeverri alias "Timoschenko" betonte, dass die Verantwortung für den Konflikt keineswegs nur die der FARC sei, sondern dass auch Zivilisten und Militärs Verantwortung trügen und dass dies nach einem Niederlegen der Waffen festgestellt werden müsse.

"Am Verhandlungstisch versuchen wir, den Schlusspunkt für den Konflikt zu setzen. Wenn die Lösung darin bestehen sollte, dass wir alle ins Gefängnis wandern, wieviele Gefängnisse wird man dann bauen müssen? Anscheinend denkt man bisher nur daran, dass das Gefängnis den Guerrillachefs zustünde, als ob nicht Militärs, Polizisten, Politiker, einschließlich Gouverneure Minister und sogar Präsidenten, die Hauptverantwortlichen gewesen wären für so viele Grausamkeiten, die in Kolumbien begangen wurden", sagte Timoschenko in einem Interview mit dem Radiosender La FM.

Befragt nach einer Entwaffnung der Guerrillatruppe, antwortete Timoschenko, "wenn wir eine Friedensvereinbarung mit sozialer Gerechtigkeit erreichen, dann können Sie sicher davon ausgehen, dass vom ältesten bis zum jüngsten Kämpfer alle das unterstützen werden, und dann werden die Waffen nicht mehr wichtig sein".

Aber es sei "schwierig voran zu kommen, wenn eine Seite zu allem **Nein** sagt. Die FARC hat den Willen und die wiederholt geäußerte und jüngst durch eine interne Befragung bestätigte Bereitschaft durch Verhandlungen zu einem Frieden in sozialer Gerechtigkeit zu gelangen betont", sagte Timoschenko in dem ungewöhnlichen Interview aus den Bergen, ohne dass er das Datum der Befragung erwähnte.

Der Rebellenchef, der 54 Jahre alt ist, hat schon in der Vergangenheit Erklärungen gegenüber den Medien abgegeben, allerdings immer nur gegenüber Printmedien wie dem Magazin VOZ der Kommunistischen Partei Kolumbiens.

Die Verhandlungsdelegation der Rebellen hat bereits Haftstrafen für FARC-Mitglieder ausgeschlossen und zudem die Zuteilung von Parlamentssitzen für politische Bewegungen gefordert, die nach einem Friedensschluss entstehen könnten.

Der Oberbefehlshaber der FARC wandte sich außerdem gegen Befehle von Präsident Santos, die Bekämpfung der Guerrilla fortzusetzen und ihre Mitglieder zu töten. "Mich macht der Glaube von Santos besorgt, man könne in Havanna am Verhandlungstisch vorankommen, wenn darauf unsere von Bomben zerrissene Körper liegen. Als ob wir ständig Pläne ausbrüteten, den Präsidenten umzubringen im Glauben, dass seine verängstigten Nachfolger schneller eine Vereinbarung unterschreiben würden", hob Timoschenko hervor.

Diese Verlautbarung erschien nach der Bekanntmachung von Verteidigungsminister Juan Carlo Pinzón, in der er die Anweisung des Präsidenten bekräftigte, wonach "alle Chefs der Terroristen oder krimineller Vereinigungen zu verfolgen sind, welche die Verfassung und die Gesetze brechen".

Timoschenko versicherte, die Verlautbarungen von Präsident Santos seien eine "Todesdrohung".